

High-Tech-Colbertismus

Die Rückkehr des Jean-Baptiste Colbert

Christian Schubert*

» Welche Relevanz hat heute ein Colbert, der vor mehr als dreihundert Jahren wirkte? In der globalisierten Wirtschaftswelt des 21. Jahrhunderts verwischen sich seine Spuren zwangsläufig. Und dennoch sind Anleihen und Rückgriffe auf sein Erbe auch in der Moderne zu finden.

Colbert revient

Les idées de Jean-Baptiste Colbert (1619–1683) sont de nouveau à l'ordre du jour, et pas seulement en France, où Nicolas Sarkozy, élu sous une étiquette libérale, s'avère être en vérité un colbertiste.

Le colbertisme est une stratégie politique qui place la vie économique au service de la nation. L'intervention de l'Etat doit favoriser la prospérité du pays. Louis XIV profitait du colbertisme pour financer ses guerres et sa cour.

Aujourd'hui, la politique industrielle moderne serait impensable sans les expériences politiques du 17^e siècle. Le président français considère la crise financière comme un échec du marché, qui demande une nouvelle réflexion sur le capitalisme et une nouvelle place de l'Etat dans l'organisation de la vie économique, mais refuse le dirigisme qui a conduit les pays communistes à l'échec. Réd.

Es ist eine Streitschrift, die sonderbar aktuell wirkt: „Die außergewöhnlichen Reichtümer, welche die Geschäftsleute durch Abgaben, Zinsen und andere Mittel erlangten, verbitterten die Unternehmen und entfremdeten sie vom Volk“ (*Le Royaume de Monsieur Colbert*, 1661–1683, Daniel Dessert, Perrin).

Hier klagt ein Mann eine ganze Branche an – die Finanzwirtschaft. Sie sei außer Kontrolle geraten und erlaube einer kleinen Clique von rücksichtslosen Geldbeschaffern die persönliche Bereicherung auf Kosten der Allgemeinheit.

Die Worte stammen aus der Feder von Jean-Baptiste Colbert (1619–1683), des großen Finanzfachmanns von Sonnenkönig Ludwig XIV. Colbert schrieb sie wahrscheinlich im Jahr 1663 in seinen Memoiren über die Finanzgeschäfte Frankreichs, die angeblich zur geschichtlichen Aufklärung beitragen sollten. In Wirklichkeit waren die rund fünfzig Seiten ein Pamphlet in eigener Sache, das sich einen Mann als Zielscheibe nahm: Nicolas Fouquet, den damaligen Oberintendanten der Finanzen, der ein Dreh- und Angelpunkt für alle Finanzgeschäfte des Königs war.

Colbert betrieb mit aller Macht die Absetzung und Verurteilung Fouquets. Damit wollte er einen Rivalen ausschalten und gleichzeitig dem Interesse des Königs dienen, dem der Einfluss Fouquets zu weit ging. Ludwig XIV. wollte die Finanzgeschäfte künftig selbst beherrschen. Die Entmachtung Fouquets gelang auf ganzer Linie. Er erhielt zum Missfallen von Ludwig XIV. zwar nicht die Todesstrafe, doch kam auf Intervention des Königs lebenslang hinter Gitter. Künftig lenkte der Monarch die Geschäfte persönlich – oder er hatte zumindest das Gefühl, es zu tun. Denn ohne den Rat seines Colbert im Hintergrund kam er nicht aus. Jean-Baptiste Colbert hatte eines seiner

* Christian Schubert ist Wirtschaftskorrespondent der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* in Paris.

wichtigsten Ziele erreicht: Er wurde Fouquets Nachfolger und saß nun an den Schalthebeln der französischen Finanzpolitik.

In der globalisierten Wirtschaftswelt des 21. Jahrhunderts sind in der Tat Rückgriffe auf das Erbe Colberts zu finden. Das gilt neuerdings vor allem für die Reaktion vieler Politiker auf die Finanz- und Wirtschaftskrise. „Viele Franzosen dachten, sie hätten in Nicolas Sarkozy einen Liberalen in den Elysée-Palast gewählt; doch dieser entpuppte sich als Colbertist“, schrieb Yves de Kerdrel, einer der scharfsichtigsten Kolumnisten der französischen Medien, im *Figaro* im Mai 2009. Die Rückkehr Colberts betrifft nicht nur Frankreich: Weil Sarkozy ein blitzschnell handelnder Präsident ist, der auf seine Amtskollegen Handlungsdruck ausübt, strahlt Colbert auch über die Grenzen seiner Heimat hinaus.

Deutschland ist während der Finanz- und Wirtschaftskrise nach anfänglichem Zögern Frankreich in etlichen konjunktur- und industriepolitischen Entscheidungen gefolgt. Colbert ist somit auch in deutschen Gefilden angekommen.

Der Colbertismus ist eine Spielart des Merkantilismus, der wenige theoretische Grundlagen besitzt. Im Wesentlichen fußt er auf den Taten Colberts, der in seinem schier unbegrenzten Arbeitseifer Frankreich nachhaltig prägte. Der Colbertismus ist eine politische Strategie, die das Wirtschaftsleben ganz in den Dienst der eigenen Nation stellt. Durch Eingriffe des Staates soll der Wohlstand vermehrt werden. Colbert begrenzte künstlich die Importe und förderte die Exporte gezielt durch Verordnungen. Er traf staatliche Regelungen zur Güterproduktion, richtete staatliche Manufakturen ein, wie etwa den Glashersteller *Saint-Gobain*, der heute ein Weltmarktführer ist. Zum Colbertismus gehört auch das Anwerben ausländischer Fachkräfte sowie das Auswanderungsverbot für einheimische Spezialisten. Der inländische Warenaustausch sollte zur Beflügelung der Produktion angetrieben werden. Dafür modernisierte Colbert die Infrastruktur, baute inländische Zölle ab, schuf einheitliche Größenbezeichnungen, Währungen, Gewichte und Maße. Die Banken durften im Inland weitgehend frei handeln,

„Viele Franzosen dachten, sie hätten mit Sarkozy einen Liberalen gewählt“

Kontakte ins Ausland waren ihnen jedoch verboten. Colbert verstärkte auch die indirekte Besteuerung, um die Produzenten zu entlasten, etwa die Landwirtschaft. Er baute zudem die französische Handelsmarine aus und stärkte somit Frankreich als Kolonialmacht. Ludwig XIV. nutzte die Ergebnisse vor allem für die Finanzierung seiner Kriege und seines kostspieligen Hofstaates.

In den Colbertismus moderner Prägung haben sich natürlich nicht alle Inhalte gerettet. Doch eine moderne Industriepolitik wäre ohne die finanzpolitischen Erfahrungen des siebzehnten Jahrhunderts nicht denkbar. Sarkozy knüpft angefeuert von seinem Berater Henri Guaino daran an. Das gilt besonders seit der Finanzkrise, denn der französische Präsident interpretiert sie als Marktversagen, das ein grundlegendes Überdenken des Kapitalismus erfordere. Nun müsse der Staat seinen wohlverdienten Platz in der Organisation des Wirtschaftslebens wiedererlangen. Ausdrücklich

lehnt er dabei eine Rückbesinnung auf gescheiterte sozialistische Experimente ab. Stattdessen solle aber der Dirigismus durch die vom Volk beauftragte politische Mehrheit gestärkt werden. Pri-

vates Eigentum und Wettbewerb bleiben erhalten, sind jedoch mit engeren Grenzen konfrontiert. Beispielhaft stehen dafür die neuen französischen Vorschriften zur Bezahlung von Bankiers.

Vor allem ist jedoch die große Staatsanleihe (*le grand emprunt*) ein Herzstück dieses Neo-Colbertismus. Sarkozy weiß um den Wettbewerbsrückstand der französischen Wirtschaft. Die große Anleihe soll Abhilfe schaffen, indem sie einen Modernisierungsschub bewirkt. Der Staat soll Milliarden in mehr Bildung, bessere Infrastruktur und in vermeintliche Zukunftstechnologien investieren. Der französische Ökonom Elie Cohen bezeichnete dies schon vor einigen Jahren als „*High-Tech-Colbertismus*“ (*Le Colbertisme high tech*, Hachette, Pluriel 1992).

Sarkozy sieht den Staat auch als Retter von Unternehmen und will damit den Schumpeterischen Prozess der schöpferischen Zerstörung verhindern. Neben der seit langem bestehenden

staatlichen Beteiligungsgesellschaft (*Caisse des Dépôts et Consignations*) sind jetzt mehrere Fonds zur Stützung krisengefährdeter Betriebe aktiv. Der Präsident drängt die französische Großindustrie ferner dazu, im Inland auf Entlassungen zu verzichten. Dass es dazu dann im Ausland kommt, gehört zu den Kollateralschäden dieser Krise. Sarkozy plädiert zwar gerne für europäische Lösungen, doch nur wenn sie sich an den eigenen nationalen Interessen orientieren. Darin unterscheidet er sich übrigens wenig von anderen Staatschefs in Europa, auch nicht von Angela Merkel.

Sarkozys Geschwindigkeit setzt dabei die Nachbarn gewaltig unter Druck. *„Frankreich handelt, Deutschland überlegt noch.“* Mit diesen Worten brachte der Präsident auf einer Pressekonferenz im Elysée-Palast im November 2008 Angela Merkel, die an seiner Seite stand, in Zugzwang. Die Bundeskanzlerin hatte zunächst geögert und wollte sich von der Hektik Sarkozys nicht anstecken lassen. Die ausgebildete Physikerin konnte im Fall der Wirtschaftskrise nicht auf empirische Erkenntnisse zurückgreifen. Doch lange ließ sie sich nicht als *„Angela Mutlos“* schimpfen, wie *Der Spiegel* im Dezember 2008 titelte, sondern schritt zur Tat. Im Januar 2009 kündigte die Regierung von CDU/CSU und SPD ein Konjunkturstützungsprogramm von 50 Milliarden Euro an – das größte Programm zur Ankurbelung der Wirtschaft in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

Das Geld soll in den kommenden zwei Jahren für die Verbesserung der Infrastruktur, darunter auch Bildungseinrichtungen, ausgegeben werden. Die Regierung senkte die Einkommensteuer sowie die Beiträge zur gesetzlichen Krankenkasse, erhöhte das Kindergeld, gewährte eine großzügige Abwrackprämie und stellte Bürgschaften für gefährdete Unternehmen in Aussicht. Aus einem sehr ähnlichen Werkzeugkasten hatte sich Sarkozy einige Wochen zuvor bedient: Abwrackprämie, Kurzarbeitergeld, Infrastrukturinvestitionen, Stützung der Kreditversicherer und Steuersenkungen holte er heraus. Selbst den Kreditmediator – ein Ombudsmann, der die Bankkredite an den Mittelstand im Fluss halten soll – will Berlin jetzt

von Paris abkupfern. Dieser deutsch-französische Gleichschritt ist durchaus erstaunlich, zumal die beiden Länder ihre Wirtschaftsordnung auf unterschiedlichen geistigen Grundlagen errichtet haben. Hier das Konzept der Marktwirtschaft Ludwig Erhards, die mal mehr, mal weniger sozial ausfällt, dort die Tradition des Gaullismus, der soziale Ziele mit Patriotismus verknüpft und dafür Staatseingriffe mit privatwirtschaftlichen Impulsen vermischt.

Besonders krass fallen die Unterschiede beim Blick auf das Wahlprogramm der FDP auf – einer Partei, die in Frankreich gänzlich undenkbar wäre, die Deutschland aber gerade in die Regierung wählte. *„Wir Liberale vertrauen auf die Leistungsbereitschaft der Menschen und auf einen Staat, der seine Stärke aus der Beschränkung auf seine hoheitlichen Aufgaben schöpft. Die mündigen und verantwortungsbereiten Bürgerinnen und Bürger erkennen selbst, was getan werden muss und brauchen dafür*

keine bevormundende Staatsbürokratie. Privat vor Staat, Eigenverantwortung statt Staatsgläubigkeit“, heißt es im Wahlprogramm 2009. Sarkozy dagegen forderte in seiner programmatischen Rede in Toulon am 25. September 2008

eine Neuausrichtung im Verhältnis von Markt und Staat: *„Die Idee, dass die Märkte immer recht haben, ist eine verrückte Idee. Die Selbstregulierung, um alle Probleme zu lösen – damit ist es vorbei. Laissez-faire – damit ist es vorbei. Wir brauchen ein neues Gleichgewicht zwischen dem Markt und dem Staat.“*

Auch die CDU/CSU plädiert in ihrem Wahlprogramm von 2009 für eine zeitweise Machtverschiebung zugunsten des Staates, doch nach der Krise sollte er sich wieder zurückziehen: *„Im Augenblick der Not muss der Staat einspringen – aber nur dann. Denn es wäre ein großer Fehler, wenn wir die Rolle des Staates falsch verstehen und ihm nun auf Dauer immer neue Aufgaben übertragen wollten.“*

Die Ausweitung des Staatssektors als vorübergehendes Phänomen – das könnte in Deutschland auch für die Schuldenfinanzierung gelten – vorausgesetzt, die Regierung hält sich an ihr

„Die Idee, dass die Märkte immer recht haben, ist eine verrückte Idee“

Versprechen des Schuldenabbaus von 2011 an. Das ist noch nicht ausgemacht. Sarkozy dagegen will sich mit der Haushaltskonsolidierung Zeit lassen und fordert von der EU-Kommission jetzt schon mehr Spielraum. Selbst 2013, vier Jahre nach der Krise, soll die französische Neuverschuldung noch 5% betragen. Von einer verfassungsrechtlich verankerten Schuldenbremse wie in Deutschland, die dem Bund 2016 eine Kreditgrenze von maximal 0,35 Prozent des BIP vorschreibt, ist in Frankreich keine Spur. Seit seinem Amtsantritt hält es der französische Präsident für politisch geschickt, den Unmut verschiedener Interessengruppen immer wieder mit finanziellen Zuwendungen zu beruhigen. 2012 ist als nächster Wahltermin ein Schlüsseldatum. Ein Sparkurs kommt vorher nicht in Frage.

Dabei wächst die Verschuldung in Frankreich bedrohlich. Zwar musste das Land vergleichsweise wenig Geld für die Bankenrettung ausgeben, weil seine Banken umsichtiger wirtschafteten als etliche deutsche Finanzhäuser. Auch sein Konjunkturprogramm fiel kleiner aus als in anderen Ländern, darunter Deutschland. Doch hohe Staatsausgaben für Arbeitslose und Kurzarbeiter sowie die einbrechenden Steuereinnahmen treiben den Staat in die roten Zahlen. Die französischen Unternehmen sind aufgrund ihrer geringen Wettbewerbsfähigkeit schwer von der Krise gezeichnet und zahlen kaum noch Steuern. Auch die Mehrwertsteuereinnahmen gehen wegen des geschrumpften Konsums rapide zurück. Eine Neuverschuldung von 8,5% des Bruttoinlandsproduktes erwartet Haushaltsminister Eric Woerth im kommenden Jahr, fast doppelt soviel wie Deutschland. Die französische Gesamtverschuldung soll bis 2013 auf 91% des BIP klettern. Die Milliarden für den „*grand emprunt*“ – nach Sarkozys Angaben zwischen 25 und 50 Milliarden Euro – sind da noch nicht eingerechnet.

Damit keine Missverständnisse auftreten, Sarkozy ist trotz Krise ein Mann der französischen „Rechten“ geblieben und will daher am Kapitalismus festhalten. In seiner Rede von Toulon sagte er: „*Der Kapitalismus hat der westlichen Zivilisation seit sieben Jahrhunderten einen außerordentli-*

chen Aufschwung ermöglicht. Kapitalismus – das ist nicht die Prämie für den Spekulanten, sondern für den Unternehmer, die Anerkennung seiner Arbeit, seiner Anstrengung und Initiative. Kapitalismus – das ist das private Eigentum und die individuelle Verantwortung dafür.“

Indem Sarkozy auf sieben Jahrhunderte zurückgreift, schließt er indes ausdrücklich die Epoche Colberts ein. Dessen Dirigismus hält der französische Präsident also mit dem Kapitalismus seiner Vorstellung für vereinbar – eben eine sehr französische Art und Sichtweise von Kapitalismus.

Ob auch Deutschland vom Neo-Colbertismus angesteckt bleibt, muss dagegen abgewartet werden. Seine wirtschaftlichen Erfolge der Nachkriegszeit fußten jedenfalls nicht auf der Einmischung des Staates, sondern auf dessen Zurückhaltung. Das Ausmaß des künftigen Dirigismus wird vor allem von der wirtschaftlichen Entwicklung abhängen. Wenn die Weltwirtschaft wieder an die Wachstumsraten der Vorkrisenzeit anknüpft, könnte sich der Abstand zwischen der deutschen und französischen Wirtschaft erneut

„Sarkozy ist trotz Krise ein Mann der französischen ‚Rechten‘ geblieben“

vergrößern. Deutschland entwickelte sich in Abschwungphasen meistens schlechter, im Aufschwung aber besser als das auf Krisenschutz ausgerichtete System Frankreichs.

Damit könnten alte Konflikte wieder aufbrechen, etwa die französische Klage über die angebliche Rücksichtslosigkeit des deutschen Wirtschaftsmodells: Die Deutschen würden zu Lasten der Nachbarn nur die Konkurrenzfähigkeit ihrer Exporteure stärken, doch nichts für den heimischen Konsum und damit für die Einfuhren der Wirtschaftspartner tun, kritisieren manche französische Politiker – eine Strategie, die ein Jean-Baptiste Colbert wegen des Vorrangs für das Wohlergehen des eigenen Landes voraussichtlich begrüßen würde.

Der Mann ist übrigens auch als Sanierer der Staatsfinanzen in die Geschichte eingegangen. Doch diese Seite des Colbertismus findet derzeit leider wenig Nachahmer.